

Bankkunden in der Gebührenfalle

Unabhängiger Finanzexperte warnt vor gemischten Anlagefonds

Von Christoph Hirter

Basel. «Es ist der grösste Finanzbetrug seit der Finanzkrise.» Diese markigen Worte stammen vom unabhängigen Finanzexperten Alain Lauber. Er kritisiert, dass Banken den Kunden immer noch hohe Renditen mit sogenannten Mischfonds in Aussicht stellen. Doch sein Vertrauen in diese Produkte ist erschüttert. Der Grund: Wegen den anhaltenden Negativzinsen rentieren Obligationen, die in diesen Fonds oftmals enthalten sind, kaum mehr. Gleichzeitig belasten aber die Verwaltungsgebühren deren Erträge.

Der Ex-Banker weiss, wovon er spricht, schliesslich war er über 30 Jahre in der Branche tätig. Seit nunmehr fünf Jahren arbeitet er als selbstständiger Finanzberater. Den Banken hat er längst enttäuscht den Rücken gekehrt. Was Lauber anprangert, sind Mischfonds, bei denen verschiedene Anlageklassen wie Obligationen, Aktien, Währungen und Immobilien vermengt werden. Produkte, die im aktuellen Zinsumfeld ungeeignet seien.

Junge im Visier

Fast alle Schweizer Banken und Versicherungen bieten solche Fonds an. Beispielhaft steht dafür die in Basel ansässige Bank Cler, die Tochter der

Basler Kantonalbank. Sie wirbt derzeit auf allen Kanälen dafür – auf Facebook, Twitter und im Fernsehen. «Zeit, über Geld zu reden», heisst der Werbeslogan.

Im Visier stehen junge Anleger. Ihnen wird die professionelle Vermögensverwaltung bereits ab einem Betrag von 10 000 Franken angeboten. Das Geschäft läuft anscheinend gut. Auf Anfrage schreibt die Bank Cler: «Die Nachfrage nach Vermögensverwaltungslösungen für kleinere Anlagebeträge ist nach wie vor ungebrochen und nimmt bei gleichzeitig steigenden Konkurrenzangeboten weiter zu.»

Die Einnahmen sind tiefer als die Kosten. Das Vermögen dürfte also an Wert verlieren.

Während die UBS, Credit Suisse, Raiffeisen und Co. diese Produkte schon lange im Sortiment haben, ist die Bank Cler erst im Oktober 2016 aufgesprungen. Zu einem Zeitpunkt, als die Zinsen schon im Keller waren. Neun Monate nach der Lancierung seien bereits rund 290 Millionen Franken investiert worden, schreibt die Bank auf Anfrage. «Die Erfahrungen zeigen, dass mit Vermögensverwaltungslösungen in

der Regel bei allen Marktverhältnissen mittel- bis langfristig ansprechende Renditen erzielt werden können», heisst es weiter.

Lauber widerspricht der Bank Cler und rechnet vor: Die jährlichen Verwaltungskosten (TER) betragen 1,25 Prozent. Hingegen beträgt der erwartete Ertrag des Obligationenteils derzeit 0,39 Prozent, wie die Bank auf Anfrage bestätigte. Die zu erwartenden Einnahmen sind also tiefer als die Kosten. Das heisst konkret, dass das Vermögen der Kunden, das in Obligationen steckt, an Wert verlieren dürfte. Und dies betrifft die Mehrheit des Fonds: Insgesamt 70 Prozent des Fonds sind in Obligationen investiert.

Die Rendite des Fonds beruhe derzeit einzig auf dem Aktienanteil, der den Obligationenteil mehr als auszugleichen vermag. Dies sei kein Wunder, wenn man bedenkt, wie gut sich die Aktienmärkte in den vergangenen Jahren entwickelten. Dass dies aber immer so weitergeht, sei nicht garantiert. «Sollte die Börse wieder einmal den Weg nach unten einschlagen, werden das die Fondsanleger mit Schrecken feststellen», warnt Lauber.

Die Bank Cler verweist auf die positive Gesamtrendite: «Kunden mit einer Anlagelösung Bank Cler Einkommen haben seit der Lancierung im Oktober

2016 bis Ende September 2017 eine Performance nach Abzug aller Gebühren von 3,56 Prozent erzielt.»

Ein Argument, das Finanzexperte Lauber nicht gelten lässt. Denn eine in der Vergangenheit erzielte Rendite sei keine Garantie für die Zukunft.

Zinsen dürften tief bleiben

Lauber rät seinen Kunden, die Finger von gemischten Anlagefonds zu lassen. Ihr Geld sollten sie besser separat investieren. Ein Teil auf ein Sparkonto und ein Teil in Aktien. Diese Strategie sei allerdings nicht im Sinne der Banken, denn für Geld, das unproduktiv auf dem Sparkonto herumliegt, müssen sie bei der Schweizerischen Nationalbank 0,75 Prozent Negativzinsen bezahlen.

Laut Lauber ist es für die Banken deshalb attraktiver, den Kunden gemischte Anlagefonds zu verkaufen, die gebührenpflichtig sind. Auf diese Weise umschiffen sie die Negativzinsen und kassieren gleichzeitig Gebühren für die Vermögensverwaltung. «Das kann nicht im Sinne der Kunden sein», sagt er. Dass sich die Lage schnell ändern wird, glaubt Lauber nicht: «Experten sind sich einig, dass die Zinsen noch weit über 2019 tief bleiben werden. Bis dann rentieren sich gemischte Anlagefonds mit einem grossen Anteil Obligationen für die Kunden nicht.»

Protest gegen Seilbahn ebbt ab

400-Millionen-Projekt auf Kleiner Scheidegg hat gute Chancen

Grindelwald. Die Jungfraubahnen kommen der Realisierung des 400 Millionen Franken teuren V-Bahn-Projekts näher. Zwei Umweltorganisationen teilten gestern mit, dass sie unter einer Bedingung keine Beschwerde gegen die kürzlich angepassten Pläne einreichen. Wenn die Berner Behörden mehrere Projektverbesserungen berücksichtigen, die sie im Verlauf des Verfahrens erreicht hätten, verzichten die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz und Pro Natura Bern auf eine Beschwerde gegen die neuen Pläne.

Bei den Verbesserungen geht es um die Höhe der Masten der Seilbahn, die von Grindelwald auf die Kleine Scheidegg führen soll. Am Fuss der Eigernordwand werden zwei Masten verkürzt, und der oberste wird etwas verschoben. Auf diese Weise wird nach Auffassung der Umweltorganisationen die Sicht auf die Wand weniger beeinträchtigt. Auch haben sich die Organisationen und die Jungfraubahnen geeinigt, dass anthrazitfarbene statt rote Gondeln verkehren und dass diese in einer der Nachfrage angepassten Abfolge fahren. Ausserdem werden die Jungfraubahnen eine bestehende Lawinengalerie besser in die Landschaft einfügen.

Der Direktor der Jungfraubahnen, Urs Kessler, wertete die Ankündigung auf Anfrage als «weiteren wichtigen Meilenstein». Das Unternehmen sei zuversichtlich, dass es auch eine Lösung für zwei verbleibende Einsprüche gibt. V-Bahn heisst das Projekt, weil von einer gemeinsamen Talstation in Grindelwald-Grund aus zwei neue Seilbahnen auf die Kleine Scheidegg und den Berg Männlichen führen sollen. Die Bahn auf die Kleine Scheidegg soll «Eiger-Express» heissen. SDA

Mehr Schutz vor Cyber-Attacken

Massnahmen des Bundesrats

Bern. Der Bundesrat will die Kommunikation zwischen der Finanzindustrie und den Behörden sowie die Krisenorganisation im Falle eines Cyber-Angriffs verbessern. Damit trägt er verschiedenen Empfehlungen des Beirats «Zukunft Finanzplatz» Rechnung.

2016 identifizierte der Beirat Cyber-Sicherheit als eine zentrale Herausforderung für den Schweizer Finanzplatz und löste entsprechende Arbeiten aus. Diese umfassten einen internationalen Vergleich sowie Analysen zum Informationsaustausch und zur Versicherbarkeit von Cyber-Risiken. Basierend darauf verabschiedete der Beirat Empfehlungen für den Schweizer Finanzplatz. Der Bundesrat hat das Finanzdepartement nun beauftragt, zwei Massnahmen zu prüfen. Die Ergebnisse sollen in die Nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken 2018–2022 einfließen. SDA

BKW will weiter zukaufen

Alpiq-Teile sind zu gross

Bern. Das Energieunternehmen BKW will sich auch im kommenden Jahr weitere Unternehmen einverleiben. «Es wird ähnlich weitergehen, aber nicht in der Summe der Akquisitionen, weil wir in der Tendenz eher zu den grösseren Unternehmen schauen», sagte Chefin Suzanne Thoma in einem Interview mit der Online-Ausgabe von *Finanz und Wirtschaft*.

Nicht mehr im Fokus hat BKW allerdings Alpiq, die ihre Wachstumfelder Gebäudetechnik, Energieversorgungs- und Verkehrstechnik sowie Handel und Digitalaktivitäten für Investoren öffnen will. «Wir haben uns das Vorhaben angeschaut. Wenn alles am Stück veräussert würde, wäre das für BKW zu gross», so Thoma.

Im Energiedienstleistungs- und Gebäudetechnikbereich sind neben BKW Unternehmen wie Alpiq InTec, Burkhalter oder neu auch die Poenina-Gruppe als Käufer auf dem Markt. BKW spüre das, wie Chefin Thoma zugibt.

Ob es wegen der Zukäufe keine höhere Dividende gibt, lässt Thoma offen. Die mit Abstand grössten Herausforderungen für BKW sind laut der Konzernchefin, die Stromkrise zu meistern, den preisbedingten Umsatzverlust einzudämmen und das Energiegeschäft neu zu positionieren. SDA

Schweizer Business-Jet darf in die Luft



Zulassung erteilt. Der Weg für die ersten Auslieferungen des PC-24 an die Kunden ist frei. Pilatus habe das Typenzertifikat der Europäischen Agentur für Flugsicherheit und der US-Behörde Federal Aviation Administration für den ersten Schweizer Business-Jet erhalten, teilte der Nidwaldner Hersteller gestern mit. Damit kann das erste Modell diesen Monat in Stans vom amerikanischen Flugzeug-Sharing-Unternehmen Plane Sense abgenommen und im Januar in die USA überstellt werden. 2018 sollen weltweit 23 der 84 bestellten PC-24 ausgeliefert werden. «Wir sind ein grosses Risiko eingegangen, haben aber kompromisslos an den PC-24 geglaubt», liess sich Verwaltungsratspräsident Oscar Schwenk zitieren. Der PC-24 bietet je nach Ausbau bis zu zehn Personen Platz und hat eine Reichweite von rund 3600 Kilometern. SDA Foto Keystone

Ex-Lafarge-Chefs droht Gefängnis

Französische Justiz greift gegen Bruno Lafont und weitere Topmanager durch

Paris. Wegen der Schutzgeldzahlungen des französischen Zementkonzerns Lafarge an Terrorgruppen im syrischen Bürgerkrieg zieht sich die Schlinge auch um Ex-Konzernboss Bruno Lafont zu: Die Pariser Staatsanwaltschaft hat eine formelle Anklage und Untersuchungshaft für ihn gefordert. Lafont sei dem Richter vorgeführt worden, berichtete die französische Nachrichtenagentur AFP gestern unter Berufung auf Justizkreise. Für das ehemalige Konzernleitungsmitglied Christian Herrault verlangte die Staatsanwaltschaft die Unterstellung unter Kontrolle der Justiz.

Lafont war von 2007 bis 2015 Konzernchef. Nach der Fusion mit dem Schweizer Rivalen Holcim zum weltgrössten Zementriesen Lafarge Holcim musste er den Posten räumen.

Am Vortag war bereits Ex-Lafarge-Holcim-Chef Eric Olsen wegen der Vorgänge im syrischen Bürgerkrieg

angeklagt worden. Die Behörden werfen ihm Terrorismusfinanzierung und die Gefährdung des Lebens anderer vor. Olsen war seinerzeit Personalchef von Lafarge. Olsen befindet sich unter Kontrolle der Justizbehörden. Auch wenn die Untersuchung noch fallengelassen werden könne, rücke ein Prozess gegen den Amerikaner, der auch einen französischen Pass hat, damit näher.

Millionen an den IS gezahlt

Bei den Vorwürfen geht es um Vorgänge aus den Jahren 2012 und 2014 vor der Fusion von Lafarge mit Holcim. Lafarge soll in Syrien Extremisten bezahlt haben, um den Betrieb in seinem Zementwerk im Norden des Landes aufrechtzuerhalten zu können. Das Werk befindet sich in Dschalabija rund 25 Kilometer von der türkischen Grenze entfernt. Gelder in Höhe von 5,6 Millionen Dollar sollen unter anderem an die

Terrormiliz Islamischer Staat (IS) geflossen sein. Zudem soll Lafarge dem IS in Syrien Öl abgekauft haben.

Lafont, Olsen und Herrault wurden am Mittwoch in Polizeigewahrsam genommen. Alle drei wurden von den Ermittlern in Paris befragt. Laut einem Bericht der US-Anwaltskanzlei Baker McKenzie, der im Auftrag von Lafarge verfasst wurde, hat Olsen an den Sitzungen des Sicherheitskomitees teilgenommen. Er habe sich voll und ganz an den Diskussionen über die Sicherheit im Werk in Syrien beteiligt.

Lafarge Holcim wollte sich zu den Untersuchungsverfahren nicht äussern. Weder Lafarge SA noch Lafarge Holcim seien derzeit Partei in diesen Verfahren, sagte ein Sprecher. Verwaltungsratspräsident Beat Hess hatte am Sonntag in *Le Figaro* «inakzeptable Fehler» in der Affäre eingeräumt. Lafarge habe sich zu spät aus Syrien zurückgezogen. SDA

ANZEIGE

Mitglied von EXPERT SUISSE

P

Unser neuer Partner
Christian C. Moesch

Experfina AG
St. Alban-Anlage 46 | CH-4010 Basel
www.experfina.com

ANZEIGE

SONNTAGSVERKAUF
17. DEZEMBER 2017
VON 13.00 BIS 18.00 UHR

DER NEUE VOLVO XC60
AB CHF 51'300.-

+SONNTAGS-CASH-BONUS

1,8% Leasing auf Hybrid-Modellen mit T8-Motor.

CENTRA-GARAGE
VOLL VOLVO

LEIMGRUBENWEG 14 | 4053 BASEL | 061 338 66 11